

III. Planungsbericht über die administrative Entlastung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) – Rechenschaftsbericht

Massnahme	verantwortlich	Terminvorgabe	Umsetzung
A. Alle Departemente			
Kundenorientierte Verwaltung			
Schulungs- und Informationsveranstaltungen für KMU durch die Berufsbranchenorganisationen bei Einführung von neuen Bestimmungen oder Formularen	alle	sofort	Das KMU-Institut der Universität Luzern und der Kantonale Gewerbeverband Luzern (KGL) erbringen bereits heute namhafte Dienstleistungen in diesem Bereich (z.B. Luzerner Wirtschaftstage). Die Kontakte zu diesen Partnern sowie zu weiteren Berufsorganisationen werden fortgeführt.
Hearings mit Branchenverbänden zur Überprüfung und Weiterentwicklung von Optimierungsmassnahmen	Wirtschaftsförderung	ab 2005	Die Umsetzung dieser Massnahme wird von der neuen Stiftung Wirtschaftsförderung Luzern wahrgenommen. Die stärkere Kundenähe ist eine prioritäre Aufgabe der neuen Wirtschaftsförderung.
Zentrale Anlaufstelle für KMU	rawi und Wirtschaftsförderung	ab 2006	Für alle Fragen im Bereich administrativer Aufwand KMU führt der Kanton Luzern eine zentrale Anlaufstelle (Abteilungsleiter Volkswirtschaft und Regionalentwicklung im rawi). Die Geschäftsstelle Wirtschaftsförderung Luzern ist Ansprechpartner für alle Fragen betreffend Standortentwicklung, Promotion/Marketing, Ansiedlungsbegleitung und Geschäftsentwicklung. Einem transparenten Informationsfluss vom Kanton zur Stiftung und umgekehrt kommt somit eine zentrale Bedeutung zu.
Systematisches „Beschwerdemanagement“: Erfassung der Hinweise, Anfragen und Rückmeldungen der Kundinnen und Kunden	alle	ab 2006	Auf den Internetseiten der Departemente und Dienststellen können unter „Kontakt“ per Mail Feedbacks an die jeweilige Stelle gegeben werden. Auf den Internetseiten des BUWD können zudem unter „Ihre Meinung interessiert uns“ Rückmeldungen gegeben werden, die systematisch erfasst und ausgewertet werden.
Gezielte Schulungsmassnahmen für Kantonsangestellte und Mitarbeitende der Gemeinden zusammen mit Verbänden	Dienststelle Personal	Weiterführung bisheriger Bestrebungen	Im Rahmen des Weiterbildungsprogramms werden verschiedene Kurse zur Verbesserung der Kundenorientierung angeboten. Diese Seminare stehen den Verwaltungs- wie auch den kommunalen Mitarbeitenden offen und werden rege besucht. Zudem werden Personen mit viel Kundenkontakt aktiv aufgefordert, an diesen Kursen teilzunehmen.
Allgemeiner Standard im Kundenkontakt mit der Verwaltung	Dienststelle Personal und VLG	ab 2006	Kundenorientierung ist ein wichtiges Ziel und eine Daueraufgabe der öffentlichen Verwaltung. Verschiedene Massnahmen, wie Schulung von Mitarbeitenden, wurden bereits durch Kanton und Gemeinden getroffen. Der Verband der Luzerner Gemeinden sieht im Moment keinen Handlungsbedarf für weitergehende Schritte.
Informations- und Kommunikationstechnologien			
Regelmässige Aktualisierung des bestehenden Online-Angebots	alle;Staatskanzlei	sofort	Die Internetseiten aller Departemente und Dienststellen werden laufend aktualisiert und erweitert.
Projekt Datenpool: Ausbau	Informatik-Gesamtverantwortlicher	im Aufbau	Die Datenaustauschprozesse im Bereich der Steuern sind realisiert. Weitere Prozesse sind in Vorbereitung. Im Dezember 2007 erfolgte die Ausschreibung für die Konzeption, Realisierung und Einführung der zentralen Steuerlösung.

Massnahme	verantwortlich	Terminvorgabe	Umsetzung
Kantonales KMU-Internetportal zur Erleichterung des direkten Zugriffs auf KMU-relevante Informationen und Dienstleistungen	BUWD	ab 2006	Das KMU-Internetportal ist aufgeschaltet. Es gibt Hinweise zu allen KMU-relevanten Bereichen und ermöglicht den direkten und schnellen Zugriff auf die gewünschten Informationen und allenfalls benötigte Formulare.
Sensibilisierung der KMU für Online-Dienstleistungen des Kantons und des Bundes	BUWD	ab 2006	Mit der Aufschaltung des KMU-Internetportals erhalten die KMU einen einfachen Überblick über die zur Verfügung stehenden Online-Dienstleistungen des Kantons und des Bundes. Die Unternehmer wurden und werden mit Info-Kampagnen in den Medien und in Verbandspublikationen auf die Möglichkeiten, die ihnen das Internet bietet, aufmerksam gemacht.
E-Government-Angebot: Ausbau, insbesondere nach der Einführung der elektronischen Signatur	Informatik-Gesamtverantwortlicher	ab Inkrafttreten der gesetzlichen Grundlagen	Wir unterstützen die E-Government-Strategie Schweiz und die dazugehörige Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Kantonen. Die E-Government-Aktivitäten aller föderalen Ebenen können damit gemeinsam und abgestimmt vorangetrieben werden. Wir haben zudem ein Projekt zur Einführung eines standardisierten Formular-Servers gestartet. In Zusammenarbeit mit dem Bund führen wir elektronische Zertifikate für Bundesanwendungen ein. Gleichzeitig prüfen wir den Einsatz von Zertifikaten für weitere Anwendungen bis hin zur elektronischen Signatur. Das Justiz- und Sicherheitsdepartement beabsichtigt, eine Machbarkeitsstudie für eine allfällige Einführung des E-Voting zu erstellen.
Umsetzungsfristen			
Differenzierte Lösungen bezüglich Umsetzungsfristen für neue Vorschriften	alle	sofort	Diese Massnahme wird in neuen Gesetzesvorlagen laufend umgesetzt.
Verfahrensbeschleunigung			
Ausdehnung des Konzentrationsmodells, wie es im Bauwesen vorgesehen ist, auf andere Bereiche: Prüfung	alle	ab 2005	Das Konzentrationsmodell ist zusätzlich im Bereich des Gastgewerbes eingeführt. Weitere Bereiche werden im Rahmen der Gesetzgebungen folgen.
Neue Möglichkeiten der Kompetenzdelegation an untere Instanzen: Prüfung	alle	ab 2005	Im Bereich des BUWD ist die Möglichkeit zur Kompetenzdelegation umfassend eingeführt. Die Umsetzung dieser Massnahme in weiteren Bereichen erfolgt im Rahmen der Gesetzgebungen. Mit Inkrafttreten von zahlreichen Gesetzes- und Ordnungsänderungen am 1. Januar 2008 wird im kantonalen Recht die Organisationsfreiheit der Gemeinden umgesetzt. Damit können die Gemeinden neu in ihrem kommunalen Recht selber entscheiden, wer gemeindeintern eine konkrete Aufgabe zu erfüllen hat.
„Stempelverfahren“: Ausweitung des Verzichts auf die Begründung eines Entscheids	alle	ab 2005	Die Ausweitung des „Stempelverfahrens“ erfolgt im Rahmen der Gesetzgebungen. In der Botschaft B 34 vom 28. November 2007 haben wir Ihrem Rat im Rahmen der Umsetzung der Rechtsweggarantie eine Änderung von § 111 des Verwaltungsverfahrensgesetzes beantragt. Danach sollen Verwaltungsbehörden in klaren Fällen ihre Entscheide ohne Begründung eröffnen können.
Übertragung von öffentlichen Aufgaben an Private			
Übertragung von öffentlichen Aufgaben an Private in diversen Bereichen	alle	Weiterführung bisheriger Bestrebungen	Zurzeit sind zwei Motionen über die Privatisierung beziehungsweise die Verselbständigung der Motorfahrzeugkontrolle hängig (M 308 vom 14.9.2004 und M 318 vom 2.11.2004). Weitere Bereiche werden im Rahmen der Gesetzgebungen folgen.
Volkswirtschaftliche Verträglichkeitsprüfung			
Volkswirtschaftliche Verträglichkeitsprüfung von neuen Regelungen: Weiterführung und Ausbau	alle	Weiterführung bisheriger Bestrebungen	Bei der Überprüfung neuer Regelungen auf ihre volkswirtschaftliche Verträglichkeit handelt es sich um eine Daueraufgabe. Diese Massnahme ist eine der wichtigsten im Hinblick auf die Zielsetzung sowohl des Planungsberichts als auch der Stiftung Wirtschaftsförderung.

Massnahme	verantwortlich	Terminvorgabe	Umsetzung
			rung. Im Rahmen der laufenden Gesetzgebungen werden weitere Verträglichkeitsprüfungen folgen. Mit dem Gewerbeverband werden zudem das Vorgehen und weitere Möglichkeiten evaluiert.
B. Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement (BUWD)			
Baurecht			
Einheitliche Strukturierung der Baubewilligungsentscheide der verschiedenen Gemeinden	ravi	Weiterführung bisheriger Bestrebungen	Seit Februar 2004 steht den Gemeinden eine Musterbaubewilligung zur Verfügung. Anfang 2006 wurde mit den Arbeiten für die Vereinheitlichung der für baurechtliche Verfahren notwendigen kantonalen Formulare begonnen. Die Ausarbeitung des Formularpakets wurde in das Projekt „BAGE“ (Workflow Baugesuchsprozess) integriert. Gestützt auf dessen Terminplan ist eine produktive Nutzung der digitalisierten Formulare auf Ende 2008 geplant.
„Stempelverfahren“ für vereinfachtes Verfahren: Kenntnisnahme des Bauvorhabens und Genehmigung mittels Stempel durch den Vorsteher des Bauamtes	ravi	ab 2006	Das Planungs- und Baugesetz sieht ein vereinfachtes Baubewilligungsverfahren vor, das jedoch auch mit einem Entscheid abzuschliessen ist. Das „Stempelverfahren“ (Standardentscheid) ist insbesondere für einfache Fälle anwendbar und wird im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des digitalisierten Formularpakets im Rahmen des Projekts „BAGE“ (Workflow Baugesuchsprozess) weiterentwickelt. Gestützt auf dessen Terminplan ist eine produktive Nutzung der digitalisierten Formulare auf Ende 2008 geplant.
Beschaffungswesen			
Öffentliche Ausschreibungen online (www.simap.ch)	BUWD	in Bearbeitung	Das simap2-Projekt wurde auf Bundesebene eingestellt. Das weitere Vorgehen wird im Rahmen der E-Government-Strategie des Bundes zurzeit geprüft.
Internetseite auf Kantonebene: Übersicht über die Grundlagen des Beschaffungswesens	BUWD	ab 2006	Die zentrale Internet-Beschaffungsseite ist aufgeschaltet. Sie wird laufend ergänzt und aktualisiert.
Landwirtschaft			
Bonitätsbeurteilung der Landwirtschaftsbetriebe: Reduktion und Koordination der Kontrollen	lawa	ab 2005	Das Bonitätssystem ist erfolgreich eingeführt worden. 2006 wurden durchschnittlich nur noch 1,1 Kontrollen pro Betrieb durchgeführt, im Jahr 2007 wurden die Kontrollen auf weniger als 1 reduziert.
Datenerfassung via Internet (www.agrogate.net)	lawa	ab 2005	Für die Erfassung der Betriebsstrukturdaten, welche als Grundlage für die Auszahlung der Direktzahlungen dienen, steht den Landwirtschaftsbetrieben ein Webtool zur Verfügung (www.agrogate.net). Damit wird die Eingabe für die Betriebe, vor allem in den Folgejahren, wesentlich vereinfacht. Im Jahr 2006 hat die Hälfte aller Betriebe davon Gebrauch gemacht, 2007 liegt die Beteiligung bereits nahe bei 100 %.
Wald			
Förderung eigentumsübergreifender regionaler Organisationen (RO) für die wettbewerbsfähige Bewirtschaftung des Luzerner Waldes	lawa	ab 2006	Ziel ist es, mindestens 50 % der Waldfläche für die wettbewerbsfähige Bewirtschaftung neu zu organisieren. Die ersten 6 RO wurden im Spätherbst 2006 gegründet. 2007 sind zusätzliche Projekte initiiert worden. Die Flächenabdeckung der Projektperimeter beträgt bereits 80 %.
Bereitstellung von Förderbeiträgen für die Beförderung und den Strukturaufbau von RO	lawa	ab 2006	Die entsprechenden Bundes- und Kantonsbeiträge sind gesichert; die Auszahlungen erfolgen ab 2007. Ziel ist die Flächen- und Beteiligungserweiterung bei neu gegründeten RO.
Datenaustausch, Dienstleistungen und Bewilligungen via Internet	lawa	ab Mitte 2008	Es ist ein Wald-Portal als Internetlösung im Aufbau. Den RO, Korporationen und Betrieben werden Waldbestandeskarten, pflanzensoziologische Karten, Waldentwicklungspläne sowie interaktiv die Nutzungs- und Pflegebewilligungen zur Verfügung gestellt.

Massnahme	verantwortlich	Terminvorgabe	Umsetzung
C. Bildungs- und Kulturdepartement (BKD)			
Lehrlingsausbildung			
Optimierung verwaltungsinterner Abläufe beim Amt für Berufsbildung sowie der Formulare	Dienststelle Berufs- und Weiterbildung	in Bearbeitung	Sämtliche verwaltungsinternen Abläufe sind an die Erfordernisse des neuen schweizerischen Berufsbildungsgesetzes angepasst. Die meisten Formulare sind online verfügbar. Der Lehrvertrag kann elektronisch ausgefüllt werden (www.dbk.ch). Der Internet-Auftritt der Dienststelle Berufs- und Weiterbildung wurde überarbeitet und vereinfacht. Seit 2007 existiert auf der Homepage ein Lehrstellenbarometer, welches den aktuellen Stand der offenen Lehrstellen wie auch der ausgestellten Lehr- und Anlehrverträge aufzeigen soll.
Anmeldeverfahren bei Berufsfachschulen: Vereinfachung	Dienststelle Berufs- und Weiterbildung	in Bearbeitung	Das Anmeldeverfahren wurde vereinfacht. Zurzeit wird geprüft, ob den Lehrbetrieben die Anmeldung bei den Berufsfachschulen generell erspart werden könnte, indem die Dienststelle Berufs- und Weiterbildung die Lernenden aufgrund der Angaben im Vertrag anmeldet. Eine solche Lösung setzt eine einheitliche Schulverwaltungssoftware bei den Berufsschulen voraus, was frühestens 2009 der Fall sein wird.
Besser koordinierte Information der Betriebe durch die verschiedenen Berufsfachschulen des Kantons Luzern	Dienststelle Berufs- und Weiterbildung	in Bearbeitung	Seit dem 1.1.2008 sind sämtliche Berufsbildungszentren der Dienststelle Berufs- und Weiterbildung unterstellt. Damit kann eine koordinierte Information und Kommunikation gegenüber den Lehrbetrieben sichergestellt werden.
Checklisten „betriebliche Bildung“ für Lehrbetriebe mit Kriterien für eine qualitativ gute Lehrlingsausbildung	Dienststelle Berufs- und Weiterbildung	in Bearbeitung	Die sogenannte Quali-Carte, eine Checkliste mit 28 Qualitätsanforderungen an die Lehrbetriebe, ist vom Bundesamt für Berufsbildung als Qualitätsinstrument gemäss Art. 8 BBG anerkannt worden. Sie wird im Kanton Luzern flächendeckend eingeführt. Die Einführung erfolgt in Absprache mit den Organisationen der Arbeitswelt (Berufsverbänden).
Für bestimmte Berufe: Erarbeitung von Modelllehrgängen für Kleinbetriebe, die nicht unter die gängigen Modelllehrgänge der Berufsverbände fallen	Dienststelle Berufs- und Weiterbildung und Berufsverbände	ab 2006	Alle neuen Bildungsverordnungen des Bundes (bisher: Ausbildungsreglemente) enthalten einen detaillierten Bildungsplan (mit allen Leistungszielen), was die Erarbeitung von Modelllehrgängen erübrigt.
D. Finanzdepartement (FD)			
Steuern			
Weiterer Abbau der Pendenzen in alten Perioden bei der Steuerverwaltung	Steuerverwaltung	Weiterführung bisheriger Bestrebungen	Die Veranlagungsrückstände bei der Steuerverwaltung sind abgebaut. Vereinzelt haben Gemeinden noch Veranlagungsrückstände (insbesondere regionales Steueramt Luzern). Diese werden abgemahnt.
Möglichkeit für juristische Personen, den Bezug der Staats- und Gemeindesteuern bei der kantonalen Steuerverwaltung anzuseheln	Steuerverwaltung	2005	Der Bezug für die natürlichen und juristischen Personen wird im Rahmen des Projektes Reform 06, Teilprojekt 12 (Vereinfachungen und Standardisierung im Steuerwesen) einfacher und kundenfreundlicher gestaltet. Im Dezember 2007 erfolgte die Ausschreibung für Konzeption, Realisation und Einführung der zentralen Steuerlösung.
Periodische Überprüfung des neuen Lohnausweises	Steuerverwaltung	ab 2006	24 Kantone führen den neuen Lohnausweis für die Steuerperiode 2007 verpflichtend ein. Luzern wird ihn ab dem Steuerjahr 2008 einführen.
Zentraler Eingang der Steuererklärung für KMU beim Kanton	Steuerverwaltung	ab 2006	Die Steuererklärungen juristischer Personen sind schon immer zentral eingegangen. Bei Selbständigerwerbenden gehen die Steuererklärungen seit 2006 zentral ein. Die Massnahme hat sich bewährt.
Zusammenfassung der drei Fragebogen für Selbständigerwerbende zu einem Formular	Steuerverwaltung	ab 2006	Die Massnahme ist seit der Steuerperiode 2005 (Kalenderjahr 2006) umgesetzt. Die Massnahme hat sich bewährt.

Massnahme	verantwortlich	Terminvorgabe	Umsetzung
Möglichkeit zur Erfassung der Jahresrechnung auf dem Fragebogen für Selbständigerwerbende	Steuerverwaltung	ab 2006	Die Massnahme ist seit der Steuerperiode 2005 (Kalenderjahr 2006) umgesetzt. Die Massnahme hat sich bewährt.
Schnittstelle zwischen Steuersoftware und den gängigen Buchhaltungsprogrammen	Steuerverwaltung	ab 2006	Eine rein technische Schnittstelle zwischen Steuersoftware und Buchhaltungsprogrammen bringt aus heutiger Sicht keine administrative Entlastung. Die Kunden müssten die bestehenden Kontenpläne zu stark anpassen. Die Massnahme wird nicht mehr weiterverfolgt.
Durchgehendes Kontokorrent beim Steuerbezug zur Verbesserung der Übersichtlichkeit	Steuerverwaltung	ab 2006	Die Umsetzung ist nur mit einer zentralen EDV-Plattform möglich. Sie wird bei der Umsetzung der Reform 06 weiterverfolgt.
Online-Steuererklärung	Steuerverwaltung	mittelfristig	Die Gratis-CD zum Ausfüllen der Steuererklärung wurde neu überarbeitet. Das Resultat ist sehr gut und kundenfreundlich. Der nächste grosse Schritt zur administrativen Entlastung ist die Online-Steuererklärung. Diese werden wir den Kunden vorausgefüllt zur Verfügung stellen können. Voraussetzung ist die Realisierung einer zentralen Steuerlösung. Die Ausschreibung für die Konzeption, Realisation und Einführung dieser zentralen Steuerlösung erfolgte im Dezember 2007.

E. Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD)

Arbeitslosenversicherung

Optimierung des Meldeverfahrens für offene Stellen	wira und RAV	ab 2005	Das Meldeformular für offene Stellen wurde überarbeitet und kundenfreundlicher gestaltet; seit Anfang 2006 ist es online verfügbar. Zudem können offene Stellen telefonisch gemeldet werden. Die Massnahme ist somit umgesetzt.
--	--------------	---------	---

Ausgleichskasse Luzern

Lohnabrechnung für Arbeitnehmer/innen in elektronischer Form	Ausgleichskasse	1. Januar 2005	Diese Massnahme ist seit dem 1. Januar 2005 umgesetzt.
--	-----------------	----------------	--

F. Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD)

Ausländische Arbeitnehmer/innen

Wegfall der Kontingentierung für EU/EFTA-Arbeitskräfte	Amt für Migration	1. Juni 2007	Die Begrenzung der Höchstzahlen für Aufenthaltsbewilligungen zur Ausübung einer selbständigen oder unselbständigen Erwerbstätigkeit für Staatsangehörige von EU-15-/EFTA-Mitgliedstaaten sowie von Zypern und Malta (EU-17/EFTA) ist seit dem 1. Juni 2007 aufgehoben.
--	-------------------	--------------	--